

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/204

Bad Godesberg, den 24. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Luther gehört uns Deutschen gemeinsam

42

Bei den 450-Jahrfeiern der Reformation  
kann man die Deutschen nur künstlich trennen

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

1a

Hans Dukwitz

30

Eine gute Wahl.

2 - 3

3,7 Millionen Körperbehinderte in der Bundesrepublik

69

...aber nur wenige sind den Gesundheitsbehörden bekannt

Von Eugen Glombig, MdB

4

Dänemarks Regierung vor schwierigen Problemen

44

Spaltung bei den "Volkssozialisten"

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Visumzwang aufheben  
Gesamtdeutsches Bewußtsein wachhalten  
600.000 aus den baltischen Staaten verschleppt  
Erschwerte Aussiedlung aus Ostdeutschland  
Längerer Lageraufenthalt  
41,4 Milliarden Gesamtschaden ermittelt  
Kritik am Lastenausgleich  
100 Milliarden Dollar Wiedergutmachungsforderung  
Sudetendeutsche Stimme aus Israel

\* \* \*

\*

## Luther gehört uns Deutschen gemeinsam

Bei den 450-Jahrfeiern der Reformation

kann man die Deutschen nur künstlich trennen.

Von Dr. Heinz Kreuzmann. MdB

Das Regime im anderen Teil Deutschlands hat bisher alles dazu getan, um gemeinsame Feiern zum Reformationsjahr 1967 zu verhindern. Bei dem Versuch, das ganze geistige und humanistische Deutschland zu okkupieren, wären westdeutsche Vertreter störend gewesen. So versucht man Luther zu einem der Vorväter der DDR zu machen. Haben noch vor wenigen Jahren vom Staate geförderte Preisträger Luther wegen seiner harten Schrift "Wider die räuberischen und mörderischen Bauern" an den Franzer gestellt und Thomas Münzer als den wahren Reformator gefeiert, so wird im Jubeljahr der Reformation das Gegenteil versucht: die geistig-religiöse Revolution der Deutschen, ihr wirklich unumstrittener Beitrag zum Wandel und Fortschritt des Weltbildes, wird in eine politische Revolution umgewandelt. So wird der Geschichte Gewalt angetan.

Um zum politischen Revolutionär zu werden, hätte Luther ein Übermensch sein müssen. Die Herausforderung an das Papatuum war ja zugleich, wenn auch ungewollt, eine Herausforderung des eng an die Kirche gebundenen mittelalterlichen Kaisertums. Diese doppelte Herausforderung konnte Luther nur im Bündnis mit dem Landesfürstentum bestehen. Seine Macht hat er wesentlich gestärkt, indem er ihm die geistliche Aufsicht zusätzlich zu der weltlichen übertrug. Ihn, der nur Theologe und Reformator war, deshalb zu schelten, ist genau so falsch, wie ihn, dessen Werk nicht umsonst als die Zäsur zwischen Mittelalter und Neuzeit angesehen wird, vor einen Karren spannen zu wollen, der mit einer politischen Flagge geschmückt ist, die mit dem Christen Luther nichts gemein hat.

Es wäre aber dennoch falsch, wollte man übersehen, daß der reine Theologe und Reformator auch politisch gewirkt hat, wenn auch mehr unbewußt als bewußt. Das Denken, das er uns lehrte, die Sprache, die er uns gab, wurde zu einem verbindlichen Band der Deutschen, das nicht leicht zu zerreißen ist und aus dem sie in den schwersten Zeiten ihrer Geschichte immer wieder die Kraft zur Freiheit des inneren Widerstandes und zur Überwindung ihrer Katastrophen schöpfen.

Wenn auch der Protestantismus lutherischer Prägung seine stärksten Bastionen in der Mitte und im Osten Deutschlands fand; mit seine besten Köpfe und bedeutendsten geistigen Führer kamen sowohl in der Reformationszeit, als auch in den nachfolgenden Jahrhunderten aus dem hessisch-schwäbischen Raum. Wer darum Luther feiert, der kann die geistige Einheit der Deutschen nicht leugnen, es sei denn, er leugnet eine gemeinsame deutsche Geschichte überhaupt. Ehe Luther auf die Wartburg ging war er auf dem Reichstag zu Worms, in Augsburg hatte er sich dem päpstlichen Legaten gestellt. Hier waren neben Wittenberg und Leipzig die Stätten der Siege seines Glaubens gegen Macht und Gewalt. Die Geschichte der Reformation ist ganz und unteilbar. Daran kann man auch mit Retusche nichts ändern.

Hans Duckwitz  
-----

Eine gute Wahl

sp - Es ist eine gute Wahl, die der Außenminister Willy Brandt mit der Ernennung von Hans Duckwitz zum Nachfolger für den ausgeschiedenen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Klaus Schütz, getroffen hat. Sie fand ein freundliches und zustimmendes Echo in der maßgebenden deutschen Presse. Hans Duckwitz bringt alle Voraussetzungen für seine hohe und burdenreiche Stellung mit. Das Amt eines Staatssekretärs im Auswärtigen Amt ist ein Amt besonderer Art. Es steht im Licht der Öffentlichkeit und verlangt von seinem Inhaber Verwaltungserfahrungen und politisches Fingerspitzengefühl. Karrierediplomaten im engeren Sinne kann die komplizierte und hochempfindliche Apparatur des Auswärtigen Amtes nicht unbedingt ohne Schaden ertragen.

Es ehrt den 63-Jährigen, daß er diese Berufung annahm, obwohl er sich schon aus Gesundheitsgründen in vorzeitigem Ruhestand befand. Hans Duckwitz ist ein Mann, dem die Pflicht höher steht als persönliche Erwägungen. Schon einmal hat er sich einer Bitte Willy Brandts nicht verweigert; er führte mit den Verbündeten die Verhandlungen über den Devisenausgleich und brachte sie zu einem guten Ende. Hier bewährte sich auf hervorragende Weise sein diplomatisches Talent.

Als seinerzeitiger Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, vor seiner Berufung zum Botschafter nach New Delhi, bewies Hans Duckwitz Mut zum unabhängigen Urteil und Zivilcourage. Die Ostpolitik der damaligen Bundesregierung forderte seine Kritik heraus; er fand sie unklug und der Lage, in der sich unser gespaltenes Volk befindet, nicht angemessen. Seine ostpolitischen Vorstellungen, die sich mit denen Willy Brandts trafen, haben Eingang in die Regierungserklärung vom 15. Dezember 1966 gefunden. Dies allein schon gewährleistet eine gute und harmonische Zusammenarbeit zwischen dem Außenminister Brandt und seinem neuen Staatssekretär. Es scheidet auch die Möglichkeit von Friktionen mit dem Bundeskanzleramt aus, was nur gut sein kann.

Willy Brandt hat seine Entscheidung schnell und entschlossen getroffen und ein Vakuum nicht entstehen lassen. Auf Hans Duckwitz kann er sich verlassen. Das Auswärtige Amt bekommt einen Staatssekretär, der auf ideale Weise Loyalität, Unabhängigkeit des Denkens und politisches Gespür vereinigt.

3,7 Millionen Körperbehinderte in der Bundesrepublik...

...aber nur wenige sind den Gesundheitsbehörden bekannt

Von Eugen Glombig, MdB

Die Diskussion um die Einführung einer Meldepflicht für Behinderte ist in den letzten Wochen und Monaten erneut entbrannt. Die von den Behinderten selbst geforderte Einführung einer Meldepflicht ist von den Ärzten als Einführung eines umfassenden "Meldezwangs" für alle körperlich und geistig Behinderten an Gesundheitsämter apostrophiert worden. Nach der 70. Deutsche Ärztetag 1967 in Garmisch-Partenkirchen hat seine gegen die Meldepflicht erhobenen Vorstellungen und Warnungen wiederholt erlegte in seiner Entschliebung dar, die Geschehnisse der letzten Jahre hätten die Behauptung widerlegt, die Einführung eines "Meldezwangs" würde zu einer Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung und Rehabilitation der Behinderten über jenes Maß hinausgeführt haben, das aufgrund der geltenden Bestimmungen heute bereits möglich sei. Vielmehr lenke die Erfahrung, so besagte die Entschliebung, daß auch für "amtlicherseits" erfaßte Schwerbehinderte bei weitem nicht das geschehen sei, was möglich und zu erwarten gewesen wäre.

Demgegenüber hat der Deutsche Mikrozertag, der vor kurzem in Hamburg stattfand, bei seinen Beratungen zu dem Leitthema: "Der behinderte Mensch in unserer Zeit - Vorbeugung, Heilung und Linderung" festgestellt, daß die Meldepflicht auch ein "technisches Element" sei. Auch ich meine: Die Chance der Rehabilitation kann nicht zur freien Spielball der Kräfte im staatsfreien Raum überlassen bleiben. Die Mitverantwortung des Staates ergibt sich bereits aus den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes. Die Meldepflicht muß in diesem Zusammenhang als ein Mittel zum Zweck gesehen werden. Sie dient ferner der individuellen Beratung, die sich nicht durch allgemeine Aufklärungsfelzüge und auch nicht durch noch so gut gemeinte Aufklärungsbemühungen der Ärzteschaft ersetzen läßt. Sie dient aber auch den im Bundessozialhilfegesetz genannten wissenschaftlichen Zwecken.

Nach der letzten Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes soll es in der Bundesrepublik Deutschland 3,7 Millionen Körperbehinderte geben, das sind 6,6 Prozent der Bevölkerung! In der Stadt Frankfurt (Main) sind jedoch z.B. vom Gesundheitsamt nur 2 000 Behinderte erfaßt, obwohl es nach der Bevölkerungszahl etwa 45 000 Behinderte sein müßten. Selbst wenn man die durch die Träger der Kriegopferversorgung- und Fürsorge

die durch die Berufsgenossenschaften betreuten ausscheidet, spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß etwa sieben Achtel der Behindertengfälle von Gesundheitsbehörden nicht bekannt sind.

Die Meldepflicht für Behinderte soll sich nicht nur auf behinderte Kinder und Jugendliche, sondern auch auf erwachsene Behinderte erstrecken. Hier geht es wirklich darum, "rechtzeitig den Bedarf für notwendige Schulungs- und Behandlungseinrichtungen" zu erkennen, um die Planung darauf abzustellen. Es ist in der Vergangenheit immer wieder die Feststellung gemacht worden, daß die Träger der Sozialhilfe nur dann dazu bereit waren, ausreichende Einrichtungen der Rehabilitation für die Behandlung, Beschulung, Ausbildung und Pflege Behinderter zu schaffen, wenn der Bedarf nachgewiesen werden konnte. Der Nachweis des Bedarfs aber nur unter größten Mühen möglich. Der Bedarf wurde eigentlich erst immer dann so recht sichtbar, wenn diese Einrichtungen geschaffen waren. Man wird aber jeder wissen, daß ohne Nachweis des Bedarfs eine Verpflichtung zur Schaffung entsprechender Einrichtungen nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht besteht. Es ist auch sehr zweifelhaft, ob z. B. die Parlamentarier oder die Steuerzahler, die wir doch alle sind, in der heutigen allgemeinen Finanzmisere dazu gebracht werden können, solche kostspieligen Einrichtungen aufs Geratewohl zu schaffen. Ohne Meldepflicht wird es daher entweder zu wenig oder zuviel Rehabilitationseinrichtungen geben. In jedem Falle ein unbefriedigendes Ergebnis.

Es ist aber auch nicht möglich, aufgrund von unzureichenden Körperbehindertenzählungen anlässlich von Volkszählungen oder aufgrund von Mißproportions Einrichtungen der Rehabilitation zu errichten, ohne zu wissen, welcher Art die Behinderungen oder wie alt die Behinderten sind.

Bei diesen Einrichtungen der Rehabilitation kann es sich selbstverständlich nicht nur um solche der ärztlichen Behandlung handeln. Aber ganz gleich, welche Einrichtung für den einzelnen Behinderten in Frage kommt, sein Einverständnis oder das Einverständnis des Sorgeberechtigten zur Einweisung in eine solche Einrichtung muß natürlich vorliegen. Ohne ein solches Einverständnis ist die Rehabilitation weder erwünscht noch geplant. Es kann jedoch nicht daran gezweifelt werden, daß der größte Teil aller Behinderten, dem ein vernünftiges Angebot zur Rehabilitation gemacht wird, auch von diesem Angebot Gebrauch macht.

## Dänemarks Regierung vor schwierigen Problemen

### Spaltung bei den "Volkssozialisten"

K. K. - Kopenhagen

Obwohl die dänischen Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen empfindliche Verluste erlitten hatten, setzten sie ihre Arbeit als Regierungspartei fort. Die Möglichkeit hierzu bot ihnen der Wahlsieg der "Volkssozialisten", die von dem ehemaligen Kommunistenführer Aksel Larsen geleitet werden; sie hatten ihre Parlamentssitze von zehn auf zwanzig vermehrt. Der Führer der Sozialdemokraten und Regierungschef Jens Otto Krag konnte mit den "Volkssozialisten" ein Abkommen über Zusammenarbeit in der Außenpolitik treffen.

Dieses Abkommen ist nach der Einführung der Mehrwertsteuer in Gefahr. Leute, die sich "Linke" nennen, haben im Vorstand der "Volkssozialisten" die Mehrheit. Sie werfen Aksel Larsen vor, er gehe in der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten zu weit. Seit dem Parteitag im Juni dieses Jahres, auf dem diese Mehrheit zustandekam, wurde Aksel Larsen wiederholt und in aller Öffentlichkeit wegen des Abkommens mit den Sozialdemokraten getadelt. Man verlangt, daß nicht Aksel Larsen und die Parlamentsfraktion über das Verhalten der Partei im Folketing bestimmen, sondern daß die Entscheidung darüber der Parteivorstand oder der Parteitag zu treffen habe.

Die "Volkssozialisten" sind nun eigentlich keine "linke" Partei im üblichen Sinne, sondern eine sehr buntscheckige Gemeinschaft. Ihre 300.000 Wähler setzen sich aus ehemaligen Kommunisten zusammen, aus linksbürgerlichen Pazifisten und grundsätzlichen Gegnern der Beteiligung Dänemarks an der NATO, aus Sozialdemokraten, denen die frühere Kompromißpolitik der Partei mit den Bürgerlichen nicht paßte und aus jungen Intellektuellen, die ganz im allgemeinen unzufrieden sind.

Die Verwirrung in der Partei Larsens schwächt selbstverständlich die Stellung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Aksel Larsen ist jedoch entschlossen, das Ruder seiner Partei in der Hand zu behalten. Er strebt die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages an, dessen Mehrheit nach seiner Auffassung seine "Politik des praktischen Sozialismus" stützen würde. Er habe nicht die Absicht, - so erklärte er - durch seine Fraktion den Bürgerlichen beim Sturz des Kabinetts Krag zu helfen. Larsen meint, daß eine Spaltung der Partei möglich ist, die Zahl der Abtrünnigen jedoch sehr gering wäre.

Krags von einer Stimme getragene Mehrheit wird also weiterregieren, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß Krag zu einem geeigneten Zeitpunkt Neuwahlen ausschreiben läßt, um klare Verhältnisse zu schaffen.